

Freie Schulwahl in der Schweiz

Die freie Wahl der Schule ist in der Schweiz erst ab der 10. Klasse möglich, doch immer mehr Eltern fordern, dass sie bereits früher eingeführt wird. Der so entstehende Wettbewerb zwischen den Schulen soll die Qualität der Bildung steigern. Viele sehen darin aber auch Nachteile.

Dieser Text zeigt auf, wie eine freie Schulwahl in der Schweiz aussehen könnte und welches die Vor- und Nachteile sind. Dazu werden Argumente von Befürwortern und Gegnern diskutiert und ein Blick auf Erfahrungen im Ausland geworfen.

Freie Schulwahl in der Theorie

Heute wird jedem Kind ein Platz in einer staatlichen Schule zugeteilt. Diese werden direkt von der Gemeinde oder dem Kanton finanziert. Entsprechend ist es unmöglich, die Schule frei zu wählen.

Um die freie Schulwahl einzuführen, wird daher oft diskutiert, dass anstelle der direkten Finanzierung ein System mit Bildungsgutscheinen (sog. Voucher-System, siehe Kasten) eingeführt

wird. Dabei erhält jedes Kind einen Bildungsgutschein. Die Eltern wählen nun für ihr Kind die Schule, welche sie für die beste halten und bezahlen diese mit dem Gutschein. Durch diese Massnahme stehen öffentliche und private Schulen untereinander im Wettbewerb und würden um die Gunst möglichst vieler Schüler kämpfen. Das Resultat – so die Befürworter – wären Schulen, die optimal auf die verschiedenen Bedürfnisse der Schüler ausgerichtet seien.

Blick auf das Ausland

Die oben genannte Idee wird in diversen Ländern sehr unterschiedlich in die Praxis umgesetzt. Die Erfahrungen aus dem Ausland zeigen, dass bei blosser Wahlfreiheit nicht genügend Wettbewerb mit all seinen Vorteilen entsteht. Erst wenn das System so ausgestaltet wird, dass mit dem Schüler die finanzielle Basis zur Schule kommt (beispielsweise mit Bildungsgutscheinen), wird die Wahlmöglichkeit aus Qualitätsgründen (z.B. bessere Infrastruktur) auch genutzt. Dies kann man allerdings nur feststellen, wenn vergleichende

Zusammenfassung

In einzelnen Kantonen sind im Moment Bestrebungen im Gange, welche die freie Schulwahl fordern. Die theoretische Idee sieht vor, dass die Schüler durch die Abgabe von Bildungsgutscheinen vom Staat finanziert werden. Dadurch würde sich der Wettbewerb unter den einzelnen Instituten erhöhen und damit die Qualität verbessern.

Ein Blick aufs Ausland zeigt, dass Systeme mit freier Schulwahl durchaus erfolgreich (nach PISA-Kriterien) sein können. Allerdings herrschen bei der Ausgestaltung der freien Schulwahl grosse Unterschiede. In Ländern mit freier Schulwahl trat als negative Begleiterscheinung eine Aufspaltung nach Hautfarbe oder Einkommen des Elternhauses auf.

Die Befürworter sind der Meinung, dass durch die Wahlfreiheit eine qualitative Verbesserung der Schulen festzustellen sei, die sich vor allem auf den entstandenen Wettbewerb zurück zu führen lasse. Die Gegner argumentieren, dass die Umsetzung in die Praxis in der Schweiz nicht funktionieren würde, da es bisher keine einheitlichen Strukturen gebe.

Standards und Tests existieren. In Tabelle 1 werden vier europäische Länder mit freier Schulwahl untereinander verglichen.

Dänemark

In Dänemark herrscht nicht Schulpflicht, sondern Unterrichtspflicht. Das heisst, es kann frei zwischen öffentlichen und privaten Schulen gewählt werden, daneben wird auch Homeschooling (1% der Schüler) (siehe Kasten) akzeptiert. Der Staat finanziert die Mehrheit der Kosten für Privatschulen auf Basis der Schülerzahl und gibt einen Lehrplan vor. Die Eltern bezahlen die restlichen 20%, was ca. CHF 1500 pro Jahr ausmacht. Die Zahl der priva-

	Dänemark	Schweden	Finnland	Niederlande
Freie Wahl der Schule	✓	✓	✓	✓
Freie Schulwahl seit:	1849	1992 (Bildungsgutscheine)	k.A.	1848
Vom Staat vorgegebener Lehrplan	✓	✓	✓	Nein, nur Richtlinien
Privatschulen vom Staat finanziert	Zu 80%	Zu 100% (mit Bildungsgutscheinen)	Zu 100%	Zu 100%
Einheitliche Leistungstests	✓	✓	✓	✓
%-Anteil Schüler in Privatschulen	12%	7.4%	2.2%	70%
PISA-Rang 2006 (Lesen/Rechnen)	19 / 15	10 / 21	2 / 2	11 / 5

Tabelle 1: Länderübersicht

ten Schulen ist in den letzten Jahrzehnten ständig gestiegen und sie haben mittlerweile einen Schüleranteil von 12%. Nicht zuletzt dank der langjährigen Erfahrungen scheint die Wahlfreiheit in Dänemark gut zu funktionieren.

Schweden

Dieses skandinavische Land kennt die freie Schulwahl mittels Voucher-System seit Anfang der neunziger Jahre. Vor allem in städtischen Gebieten wird davon auch gebraucht gemacht. Wie bei anderen Voucher-Systemen trat als Nebeneffekt eine sozioökonomische Segregation (siehe Kasten) der Schüler auf. Dabei schicken vor allem besser gebildete und einkommensstarke Familien ihre Kinder in dieselbe Schule, während Kinder aus ärmeren Verhältnissen die andere besuchen. Ebenso sind die Kosten in Schweden durch die Einführung der Wahlfreiheit nicht gesunken. Allerdings hatte die Konkurrenz unter den Schulen wohl eine leichte Steigerung der Bildungsqualität zur Folge.

Finnland

Im Zusammenhang mit den PISA-Studien wurden in den letzten Jahren vielfach die Leistungen der finnischen Schüler hervorgehoben. Finnland kennt die Wahlfreiheit zwischen privaten und öffentlichen Schulen, allerdings gelten strikte Regeln. Der Staat behält die Kontrolle über Lehrplan und Lehrerschaft. Zudem dürfen beispielsweise bei der Wahl einer Privatschule keine zusätzlichen Kosten anfallen und der Schulweg darf nicht mehr als 5 km betragen. Durch diese Einschränkungen ist der Anteil Schüler an privaten Instituten sehr gering und darum sind Auswirkungen der Wahlfreiheit kaum spürbar.

Niederlande

Die Holländer kennen die wohl bunteste Schullandschaft mit mehr als 400 unterschiedlichen Schulprogrammen. Für Lehrpläne und Unterricht sind die einzelnen Schulen abgesehen von Richtlinien des Staates selber verantwortlich. Deshalb gibt es viele Institute, die sich

beispielsweise an religiösen Gesichtspunkten orientieren. Die PISA-Studie attestiert dem niederländischen Modell gute Noten was die Leistung anbetrifft. Jedoch treten wie in Schweden Tendenzen auf, dass eine Segregation nach Hautfarbe auftritt.

Situation in der Schweiz

Grundsätzlich teilen sich in unserem Land Bund und Kantone die Bildungsverantwortung, allerdings haben die Kantone wegen des Föderalismus weitgehende Selbstbestimmungsrechte. Der Bund sorgt lediglich für die Sicherung der Qualität.

Bestrebungen für die freie Schulwahl sind deswegen vor allem auf Kantons-ebene im Gange. Im Kanton Baselland wurde Ende 2008 dazu bereits eine Initiative abgelehnt, der Gegenvorschlag zur Erhöhung der staatlichen Gelder für Privatschulen aber angenommen. Später wurde zudem die freie Schulwahl für Kindergarten und Primarschule erleichtert.

Ebenso wurden in den Kantonen St. Gallen (November 2009) und Thurgau (April 2009) Initiativen zur freien Schulwahl eingereicht, während in Basel-Stadt und Solothurn Unterschriften gesammelt werden. Im Kanton Waadt wurde im September 2009 eine Petition eingereicht.

Inhaltlich wird vor allem die freie Wahl zwischen staatlichen und privaten Schulen gefordert. Der Staat soll den Privatschulen für jedes Kind einen bestimmten Beitrag bezahlen. Dieser Beitrag entspricht dabei den Kosten, welche ein Kind auch an staatlichen Schulen verursachen würde. Für den Staat entstehen damit keine zusätzlichen Kosten aber die Eltern hätten die Möglichkeit ihre Kinder an eine Privatschule zu schicken. Zudem soll der Zugang ohne ethische, religiöse und finanzielle Einschränkung möglich sein.

Argumente der Befürworter

In der Bundesverfassung steht, dass ein Kind Anrecht auf unentgeltlichen Unterricht bei einer Schule bekommt. Damit dies für alle Kinder in der

Einfach erklärt

Voucher-System

Beim diesem System erhalten Eltern vom Staat einen Bildungsgutschein. Mit diesem bezahlen die Eltern die Ausbildung ihres Kindes in der Schule ihrer Wahl. Dies kann auch eine Privatschule sein. Damit hängt die Finanzierung einer Schule von der Anzahl der Schüler ab. Befürworter sind der Meinung, dass dadurch ein freier Markt unter den Schulen entsteht, welcher mittels Anreizen dafür sorgt, dass sich die Schulen ständig verbessern. Erfolgreiche Schulen ziehen mehr Schüler an, während schlechtere zu einer Verbesserung gezwungen werden, da ansonsten die Schliessung droht.

Sozioökonomische Segregation

Die Sozioökonomie untersucht Zusammenhänge und das Verhältnis zwischen wirtschaftlicher Leistung und dem gesellschaftlichen Status. Segregation bedeutet, dass eine Trennung oder Entmischung in einzelnen Gruppen auftritt. Im Zusammenhang mit freier Schulwahl kann sozioökonomische Segregation auftreten, wenn beispielsweise Kinder von gut verdienenden und gut ausgebildeten Eltern auf die eine Schule gehen, während Kinder aus ärmeren Verhältnissen die andere Schule besuchen. Ebenso kann beispielsweise die Hautfarbe ein Segregationsmerkmal sein.

Homeschooling

Als Homeschooling (Hausunterricht) wird der Unterricht zu Hause bezeichnet. Die Eltern übernehmen dabei die Funktion des Lehrers, bei denen die Unterrichtsformen stark variieren können.

Schweiz gelte, müsse eine Wahlfreiheit eingeführt werden.

Die Verfechter der freien Schulwahl wollen zudem erreichen, dass jedes Kind ungeachtet der geografischen Herkunft oder sozialen Stellung optimal ausgebildet werden kann. Durch die Einführung der genannten Massnahmen verbessere sich die Qualität sowie Transparenz, da die Schulen unter Qualitätsdruck stehen würden. Ferner gehen die Befürworter davon aus, dass viel Geld für Sondermassnahmen eingespart werden könnte, da nun die op-

timalste Schule für das Kind ausgewählt werden könnte. Die freie Schulwahl sei zudem ein Mittel gegen die zunehmende Schliessung von Schulen auf dem Land. Die gefährdeten Schulen könnten dann von Eltern übernommen und damit gerettet werden. In Deutschland werde dies erfolgreich in die Praxis umgesetzt.

Die Befürworter werden von einer OECD-Studie unterstützt. Diese sagt aus, dass sich der Schulerfolg für schlechter Lernende durch Massnahmen wie die freie Schulwahl eher verbessert als verschlechtert. Die Wahlfreiheit ermögliche zudem schulische Erfolge, die nicht von der Herkunft der Kinder abhängen.

Argumente der Gegner

Die Gegner befürchten bei der Einführung der Wahlfreiheit praktische Probleme. Erfahrungen im Ausland hätten gezeigt, dass die Kosten für die Bildung steigen würden. Weiter hätten bevorzugte Schulen möglicherweise nicht genügend Infrastruktur. Da die staatlichen Schulen jedem Kind einen Platz garantieren müssten, könnten zudem viele ungenutzte Plätze entstehen. Die Gegner sind ausserdem nicht der Meinung, dass Sondermassnahmen eingespart würden, denn es müsse weiterhin spezielle Massnahmen beispielsweise

für Legastheniker oder Hochbegabte geben.

Das Argument, dass durch die freie Schulwahl Schulen gerettet werden können, lassen die Gegner ebenfalls nicht gelten. Sie weisen darauf hin, dass in der Schweiz teilweise keine anderen Schulen innerhalb vernünftiger Distanzen entstehen könnten. Wenn nun von gefährdeten Dorfschulen Kinder abwandern, so wären diese ohnehin nicht mehr zu retten.

Bildungswissenschaftler halten die Einführung einer freien Schulwahl in der Schweiz noch verfrüht. Da es noch keine einheitlichen Standards gibt, könne man die Schulen nur schlecht vergleichen. Damit wären die Qualitätsunterschiede zwischen Schulen nicht messbar. In der Schweiz sind Bestrebungen für einheitliche Standards aber erst im Aufbau. Ausserdem würden Beispiele aus dem Ausland zeigen, dass die blosse Schulwahl alleine noch wenig Wettbewerb mit sich bringe.

Fazit

Die obige Diskussion hat gezeigt, dass die Auswirkungen der Wahlfreiheit stark von der Umsetzung abhängen. Die Idee der freien Schulwahl wurde bisher in vielen Ländern mit unterschiedlichen Schulsystemen und –stufen, Zielen und Rahmenbedingungen eingeführt. Die Erfahrungen aus dem Ausland zeigen,

dass Systeme mit freier Schulwahl ebenso wie staatliche Schulinstitute Spitzenplätze in der PISA-Rangliste erreichen können. Bei einer Einführung von Bildungsgutscheinen oder Wahlfreiheit ohne grosse Einschränkungen besteht allerdings die Gefahr von sozio-ökonomischer Segregation, wie sie beispielsweise in Schweden oder in Holland auftritt.

Bisherige Erfahrungen zeigen ebenfalls, dass Schulen einfach aus negativen Gründen, z.B. wenn die Eltern nicht mit dem Lehrer auskommen, gewechselt werden. Damit aber eine Schule aus Qualitätsgründen (z.B. bessere Lehrer) gewechselt wird, braucht es öffentlich zugängliche Informationen, die einen Vergleich zulassen. In der Schweiz herrschen derzeit noch viele unterschiedliche Rahmenbedingungen. Eine schweizweite Einführung der freien Schulwahl wäre wohl daher erst nach der derzeit laufenden Vereinheitlichung der Bildung sinnvoll. Es hat sich aber beispielsweise in Finnland gezeigt, dass die staatlichen Schulen nicht zwingend in Gefahr sind, wenn sie im Wettbewerb mit privaten Anbietern stehen. Denn die Nähe zur Schule ist oftmals das wichtigste Wahlkriterium. Das Gesetz kann zudem je nach Ausgestaltung die staatlichen Schulen stärker oder schwächer schützen.

Literaturverzeichnis:

- Beck, N. et.al (2009). *Der Dirskurs um die freie Schulwahl*. Gefunden am 10. Nov. 2009 unter http://stud.phzh.ch/webautor-data/38/2009-01_projektbericht3.pdf
- Beobachter (2008). *Was darfs sein?*. Gefunden am 12. Nov. 2009 unter http://www.beobachter.ch/familie/artikel/freie-schulwahl_was-darfs-sein/
- Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer [LCH] (2008). *Freie Schulwahl bringt mehr Schaden als Nutzen*. Gefunden am 02. Nov 2009 unter http://www.lch.ch/dms-static/79c2e1f7-0cbc-4505-ae29-f8cb775ae9cb/fs_14_15.pdf
- Elternlobby (2005). *Argumente*. Gefunden am 03. Nov. 2009 unter <http://www.elternlobby.ch/deutsch/argumente/argumente.php>
- European Agency (2006). *Country information Finland*. Gefunden am 10. Nov. 2009 unter <http://www.european-agency.org/country-information/finland/finnish-files/FINLAND-SNE.pdf>
- Kanton Baselland] (2005). *Formulierte Verfassungsinitiative „Ja, Bildungsvielfalt für alle“*. Gefunden am 10. Nov. 2009 unter <http://www.baselland.ch/fileadmin/baselland/files/docs/parl-lk/vorlagen/2008/2008-100.pdf>
- Neue Zürcher Zeitung [NZZ] (2008). *Freie Schulwahl: Einfache Idee, schwierige Umsetzung*. Gefunden am 14. Nov. 2009 unter http://www.nzz.ch/nachrichten/wissenschaft/freie_schulwahl_einfache_idee_schwierige_umsetzung_1.725255.html
- Neue Zürcher Zeitung [NZZ] (2009). *Den Kleinen soll die Schule vorgeschrieben werden*. Gefunden am 23. Sept. 2005 unter http://www.nzz.ch/nachrichten/zuerich/den_kleinen_soll_die_schule_vorgeschrieben_werden_1.2454851.html
- Oelkers, J. (2007). *Expertise Bildungsgutscheine und Freie Schulwahl*. Gefunden am 02. Nov. 2009 unter http://www.erz.be.ch/site/biev_08-1_expertise_bildungsgutscheine_und_freie_schulwahl.pdf
- Organisation for Economic Co-operation and Development [OECD] (2007). *The program for international student assesment (PISA)*. Gefunden am 14. Nov. 2009 unter <http://www.oecd.org/dataoecd/15/13/39725224.pdf>
- Organisation for Economic Co-operation and Development [OECD] (2007). *School Accountability, Autonomy, Choice, and the Equity of Student Achievement: International Evidence from PISA 2003*. Gefunden am 14. Nov. 2009 unter [http://www.ois.oecd.org/olis/2007doc.nsf/LinkTo/NT00008A2E/\\$FILE/JT03255311.PDF](http://www.ois.oecd.org/olis/2007doc.nsf/LinkTo/NT00008A2E/$FILE/JT03255311.PDF)